

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Für: Stadt Heidelberg  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10  
69117 Heidelberg  
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender  
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.  
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.  
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.  
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.  
Rahel Amler, Anja Gernand, Sahin Karaaslan,  
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolás Lutzmann,  
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,  
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de  
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 17.06.2020

### **Sachantrag zu TOP 7 ö der Sitzung des Gemeinderats am 18.06.2020: Masterplan Patrick-Henry-Village**

Wir beantragen ergänzend zur Beschlussvorschlag der Verwaltung folgende Punkte aufzunehmen:

- Die Stadt Heidelberg erstellt ein Konzept, wie anerkannte Flüchtlinge in dezentraler Anschlussunterbringung in PHV integriert werden können in Zusammenarbeit u.a. mit dem AK Asyl, der Seebrücke und ehrenamtlichen Helfer\*innen aus der Flüchtlingshilfe. Trotz einer Verlagerung des Ankunftsentrums aus PHV sollen dort Flüchtlinge mit Bleibeperspektive integriert und Unterkünfte in ein Stadt-Raum-Konzept mit aufgenommen werden.
- Bis 2023 sollen im "Nutzungsband B" bezahlbare Wohnungen für ca. 2.000 Menschen gemeinsam mit BlmA, GGH, Studentenwerk, Baugenossenschaften und Wohnprojekten gebaut werden.
- Die Bebauung der Baufelder A2 und A3 erfolgt frühestens im Jahr 2030. Die Planungen können aber fortgeführt werden.

#### **Begründung**

Neben einer Verlagerung des Ankunftsentrums weg von PHV soll es dort möglich sein, bereits registrierte Geflüchtete mit Bleibeperspektive zu integrieren und in ein Stadt-Raum-Konzept aufzunehmen. Ein wichtiger Grund für Verlagerung des Ankunftsentrums ist die Schaffung von dringend benötigtem bezahlbaren Wohnraum. Die Bestandsgebäude und -strukturen im Nutzungsband B sollen daher primär und beschleunigt projektiert werden. Erst in einer späteren Entwicklungsphase sollen die bisher unbeplanten landwirtschaftlichen Flächen bebaut werden. So erhalten die Landwirte Planungssicherheit und es gibt ausreichend Zeit mit der Stadt Kompensationsmaßnahmen zu erarbeiten.